



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die Presse im Schleswig-Holstein.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Die Presse in Schleswig-Holstein.

Zeitungen sind entweder Parteiorgane oder industrielle Unternehmungen, oder sie werden — den Verhältnissen nach der am häufigsten vorkommende Fall — von gemischten Rücksichten in ihrer Haltung bestimmt und haben, obwohl auf die Existenz einer Partei oder einer politischen Stimmung hin begründet, mehr oder minder merklich zugleich das materielle Interesse des Verlegers oder Besitzers im Auge. Keines Parteiorgan war die „Süddeutsche Zeitung“. Einen ähnlichen Charakter hatte die „Berliner Allgemeine Zeitung“. Ferner gehören hierher alle Regierungsblätter, wenn auch die Redacteurs und Mitarbeiter derselben oft mehr Industrielle, als Politiker sind. Als rein industrielle Unternehmungen dagegen werden wir beispielsweise, ohne beachtenswerthen Widerspruch fürchten zu müssen, fast die sämmtlichen großen Zeitungen Hamburgs bezeichnen dürfen.

Der Grund, aus dem gerade diese letzteren hier hervorgehoben werden, liegt darin, daß die hamburger Presse lange Zeit hindurch die Versorgung der nach Tagesneuigkeiten verlangenden Theile der deutschen Bevölkerung Schleswig-Holsteins fast allein vermittelte, und daß die von dieser Presse gelieferten journalistischen Waaren noch jetzt, da Hamburg in vielen Beziehungen die eigentliche Hauptstadt der Herzogthümer ist, bis über die Eider hinaus zahlreiche Abnehmer finden. So möchten einige Andeutungen über den Charakter dieser Blätter, soweit derselbe unseren Zweck angeht, der Betrachtung des eigentlichen Gegenstandes unseres Aufsatzes vorauszusenden sein.

Im Allgemeinen versteht sich nach dem Obigen von selbst, daß die Mehrzahl der hamburger Zeitungen keine stark ausgeprägte politische Meinung vertritt, vielmehr, wenn wir von der allen bis auf zwei gemeinsamen liberalen Färbung absehen, so ziemlich allen Parteien, um die sich im Folgenden handeln wird, gleich bereitwillig ihre Spalten öffnet. Hierher gehören zuvörderst die „Börsehalle“ und die „Hamburger Nachrichten“, von denen jene, durch ihren mercantilen Theil unentbehrliches Bedürfniß der kaufmännischen Welt im ganzen deutschen Norden, in ihrer politischen Haltung beinahe völlig gesinnungslos ist, bald, und zwar am häufigsten, eifrig für Oestreichs Interesse in die Schranken tritt, bald für die Ansprüche des Großherzogs von Oldenburg Liebhaber zu werben sucht, bald wieder die Vortrefflichkeit der preussischen Erbrechte in den Herzogthümern in langen Abhandlungen zu illustriren bestrebt ist. Die „Nachrichten“, die einige gute Correspondenten haben, sind etwas consequenter und neigten stets mehr nach preussischer Seite hin, ließen aber in der

schleswig-holsteinischen Frage aus Geschäftsrückfichten eine Zeit lang gelegentlich auch dem gelinderen Particularismus die Thür offen. Jetzt und schon seit einigen Monaten stehen sie der Partei des engen Anschlusses an Preußen sehr nahe, und selbst annexionistischen Artikeln ist die Aufnahme nicht verwehrt. Was für eine Ueberzeugung im Frühling oder im Sommer bei dem Hauptredacteur und Besitzer die vorherrschende sein wird, läßt sich mit Sicherheit nicht voraussagen. Erfolgen keine beträchtlichen Abbestellungen aus den Herzogthümern, so wird die Firma Hartmeyer und Co. vermuthlich auf dem neuerdings eingeschlagenen Wege beharren, und so kann das Blatt für Leser im Binnenlande als Barometer dienen, der mit ziemlicher Genauigkeit die Stimmung in den wohlhabenderen und gebildeteren Schichten der schleswig-holsteinischen Bevölkerung angiebt. Mit ziemlicher Genauigkeit sagen wir; denn einmal hält man die „Nachrichten“ nicht bloß wegen ihrer politischen Mittheilungen, und dann giebt es in jenen Schichten Kreise, die sie überhaupt nicht lesen. Der Ton des Blattes ist übrigens durchweg anständig, und die erwähnten preußenfreundlichen Correspondenzen ließen immer auf einen Autor von ebensoviel Bildung als Gesinnung schließen.

Der „Unparteiische Correspondent“ war bisher ein conservatives Blatt und in der Herzogthümerfrage entschieden für die Befriedigung der preussischen Ansprüche. Jetzt in andere Hände übergegangen, soll er liberaler werden und, wie man wissen will, zugleich augustenburgisch. In Betreff des neuen Besitzers oder Hauptactionärs ist zu beachten, daß die Redaction schon vor einigen Wochen einen Anlauf nehmen zu wollen schien, in vieler Zuschriften auch die Gegner der Sache, die sie bis dahin allein vertreten, zu Worte kommen zu lassen. Ist dies fortgesetzt worden, so dürften die recht vermuthet haben, die damals aus der auffälligen, wenn auch nur kurzen Schwenkung des Blattes auf eine Verständigung zwischen Kiel und Herrn Runkel schließen zu müssen meinten.

Der „Freischütz“, nur für die niedrigsten Kreise des Zeitungspublicums geschrieben und, wie wir hoffen, in Schleswig-Holstein nur in diesen verbreitet, giebt weniger politisches Räsonnement als Anekdoten und hamburger Stadtereignisse. Die „Reform“, demokratisch und deshalb früher sehr dänenfreundlich, ist uns in den Herzogthümern nur selten und in den letzten Monaten gar nicht zu Gesicht gekommen. Welchen Uebergang der Geschäftssinn ihres Herausgebers aus der frühern Haltung des Blattes gefunden hat, welchen Standpunkt dasselbe jetzt einnimmt, vermögen wir darum nicht zu sagen. Doch ist dies auch nicht von Wichtigkeit, da dieses in der traurigen Periode der Dänenherrschaft leider in Holstein sehr viel gehaltene Organ eines vaterlandlosen Kosmopolitismus kaum noch viele Schleswig-Holsteiner zu Lesern haben wird und diese jedenfalls nur unter den Liebhabern schlechter Späße zu suchen sein werden, mit denen die Redaction ihre Nummern zu würzen pflegt.

Häufiger begegnet man, wenigstens in Altona und Kiel, der „Kessel“ des Herrn Marr, die mit großem Eifer für die Annexion Propaganda zu machen sucht, damit aber schwerlich bis jetzt Erfolg gehabt hat, noch eher haben wird, als bis sie sich entschließen kann, eine anständigere Sprache zu reden. Der Herausgeber des Blattes ist ohne Zweifel ein Mann von Geist. Er hat manche sehr beachtenswerthe Wahrheit gesagt, manchen guten Einfall, manchen gelungenen Witz vorgebracht. Er versteht sogar als Gentleman, ja glänzend zu schreiben. Leider aber mangelt ihm, wie es scheint, in der Regel die Neigung, von letzterer Fähigkeit Gebrauch zu machen, und wenn er seine Wahrheiten in der Sprache der Groggen vorträgt, so können sie die, welche in solchen Instituten nicht verkehren, nur abstoßen, nicht überzeugen.

Das „Neue Hamburg“, ein noch junges Blatt und herzoglich gesinnt, kommt wenig in Betracht, da es bis jetzt mehr ausgedient und verschenkt, als gehalten wird. Dasselbe gilt in noch höherem Grade von der „Hamburger Zeitung“, einem vor etwa drei Jahren entstandenen und jetzt, wie allgemein bekannt, aus den Mitteln des Herzogs von Augustenburg erhaltenen Journal, welches den starrsten Particularismus auf seine Fahne geschrieben hat. Mit großer Liberalität gratis vertheilt, findet es gleichwohl kaum dankbare Gemüther, die es lesen mögen, und so nützt es wohl nur dem Redacteur und dem vieler Agenten des erlauchten Patrons, welcher letztere auch vor 1848 in der Wahl seiner Preßwerkzeuge keine recht glückliche Hand hatte. Der Ton des Blattes ist unbillig langweilig. In dem Streit um die Gewerbefreiheit vertrat es die Partei der Zünftler — natürlich, es galt ja, das „alte gute Recht“ gegen die Ansprüche der neuen Zeit zu vertheidigen. Hauptmitarbeiter soll jener Agent sein, und gutem Vernehmen nach gönnt auch eine vornehmere Hand der Zeitung bisweilen einen eigenhändigen Leitartikel. Hoffen wir, daß gewisse Auslassungen gegen Preußen, die namentlich in der letzten Zeit die Spalten des Blattes verunzierten, nicht von dieser Hand gewesen sind. Lesen zu müssen, wie die gegenwärtigen Bestrebungen Preußens zur Gründung einer Marine als „Flottenschwindel“ bezeichnet werden, stärkt dem Patrioten nicht gerade die etwa noch vorhandene Neigung, bis zu einem gewissen Grade das selbständige Schleswig-Holstein unter der Dynastie zu empfehlen, unter deren Regide solche Redensarten ins Land gehen. Ähnliches aber leistet die Hamburgerin fast alle Tage.

Die in Schleswig-Holstein selbst erscheinenden Zeitungen (von den kleinen Stadt- und Kreisblättern, deren es hier einige zwanzig giebt, reden wir nicht) sind, nach der Größe ihrer Abonnentenzahl in absteigender Linie geordnet, folgende: die „Isehoer Nachrichten“, die „Schleswig-Holsteinische Zeitung“, der „Altonaer Mercur“, die „Norddeutsche Zeitung“, die „Kieler Zeitung“, die „Schleswiger Nachrichten“ und die dänisch geschriebene „Nordslawigsk“

tidende“. Ordnen wir sie nach dem zu Anfang dieses Aufsatzes Gesagten, so gehören der „Altonaer Mercur“ und die „Isehoer Nachrichten“ als industrielle Unternehmungen zusammen, doch gilt diese Bezeichnung für das letztgenannte Blatt, wie sogleich zu zeigen sein wird, nur mit Einschränkung. Die übrigen fünf Journale sind Parteiblätter. Eine Zeitung, welche man, wenn der Herzog bereits als regierender Herr zu betrachten wäre, als Regierungsblatt anzusehen hätte, existirt im Lande nicht, womit indeß nicht behauptet werden soll, daß die Landespresse von Kiel aus nicht, soweit sie sich irgend willig zeigt, beeinflußt würde.

Die „Isehoer Nachrichten“, seit Anfang vorigen Jahres von dem Würtemberger Rommel redigirt, nur dreimal wöchentlich, aber in sehr großem Format erscheinend, sind noch jetzt, wie früher, wo sie „Isehoer Wochenblatt“ hießen, das verbreitetste Blatt der Herzogthümer; sie zählen jetzt zwischen 9 und 10,000 Abonnenten und werden vorzüglich auf dem Lande bis hinauf an die dänische Sprachgrenze viel gehalten, so daß ihr Einfluß, wenn sie ein reines Parteiorgan wären, ein sehr bedeutender sein würde. Wie die Sachen liegen, ist dieser Einfluß theilweise gehemmt. Das Blatt ist ein Tummelplatz der verschiedensten Parteien. Die Redaction und Christian Nave, einer der Hauptmitarbeiter, sind gute deutsche Patrioten und insolge dessen auf Seite derer, welche engen Anschluß Schleswig-Holsteins an Preußen vor allem fordern. Die Leser dagegen nehmen zum Theil einen andern Standpunkt ein und verlangen, wie es scheint, häufiger als bequem und nützlich ist, daß man sie auch als Mitarbeiter gelten lasse. Die industrielle Seite des Blattes nöthigt, darauf einzugehen, und die Folge ist, daß nicht selten spaltenlange Auslassungen eines ziemlich derben Particularismus erscheinen, die durch die unbeholfne Form, in der sie auftreten, nicht genießbarer werden. Die Partei der Redaction aber weiß sich zu helfen. Sie kann die betreffenden Artikel nicht ablehnen, wohl aber widerlegen, und das thut sie mit einer Unverdroffenheit und einem Geschick, die alles Lobes werth sind, und die dem Blatte immerhin einen gewissen Parteistempel aufdrücken, zumal da ihre Bemühungen, Verstand zu predigen, durch Beiträge von Gesinnungsgenossen fleißig unterstützt werden. Sehr ergötzlich ist, zu sehen, wie so ein langathmiger Particularist in dem Blatte in der Regel unmittelbar auf seinen Fersen den Redacteur oder einen gleichdenkenden Freund mit ebenso langem Athem, aber bessern Gründen hat. Denn lang und breit muß die Predigt sein, sonst ist sie nicht gut. Bauer Peter oder Paul will etwas für sein Geld haben, und wer lang hat, der läßt lang hängen, sagt das Sprichwort.

Das dabei nicht hinter dem Berge gehalten und mit sehr kräftigen Wahrheiten ins Feld gerückt wird, mögen einige Auszüge bezeugen. Als die thörichte Phrase vom „Anschluß an Deutschland“ durch die Vierziger-Erklärung von Kiel aus in Umlauf gesetzt worden, sagte das Blatt am 2. Februar:

„Glauben etwa diejenigen, welche für einen Anschluß der Herzogthümer an Deutschland plaidiren, damit der Frage über den Anschluß an Preußen auszuweichen? Wahrlich, zu solchem Wahn gehört eine unübertroffene Kurzsichtigkeit. Dazu gehört der Köhlerglaube, daß Preußen harmlos genug sei, sich mit solchen Redensarten abfertigen zu lassen. Freilich, es giebt Leute, welche meinen, damit einen ganz klaren und präcisen Gedanken ausgesprochen zu haben. Wir aber sind überzeugt, wenn alle diejenigen, welche jetzt den Anschluß an Deutschland betonen, sich über die Bedeutung dieser Worte erklären sollten, so würde sich herausstellen, daß dieses Motto ein Wort für alles sei. Einige würden darunter das altbekannte nord-schleswigsche: „vi vil blive hvad vi er“ verstehen, Andere die Reichsverfassung mit dem Schützenkönig Ernst, Andere Personalunion mit Dänemark, wieder Andre Oestreich mit dem Fürstentag, noch Andre: „nur nicht preussisch werden“. Man kann wohl mit Recht von denjenigen, welche der Anschluß an Deutschland zusammeführt, sagen: diese wissen nicht, was sie wollen, oder sie wagen nicht zu sagen, was sie wollen.“

„Wenn Manche sich damit trösten, daß wenigstens die liberalen Elemente Preußens sich mit einem solchen Anschluß an Deutschland genügen lassen und doch nicht so unmenschlich sein würden, zu verlangen, daß die Herzogthümer sich ohne Vorbehalt für eine Unterordnung unter Preußen erklären sollen, so ist dieser Trost gewiß sehr kindlich. Jeder Preuße empfindet es ganz klar, daß der Anschluß an Preußen eine Wirklichkeit, der Anschluß an Deutschland leere Redensart ist, und daß Preußen ein Recht hat, zu fordern, daß man sich ihm rückhaltslos unterordnet. Deutschland ist in politischer Beziehung zur Zeit noch ein Chaos, und an ein solches lehnt man sich nicht an. Ein Staat ferner, welchem seine Unterthanen im Interesse Deutschlands große Opfer gebracht haben, wird sich nicht mit einigen sympathischen Phrasen zufriedenstellen und seine berechtigten Forderungen von der Entscheidung eines Factors abhängen lassen, für dessen Existenz die maßgebenden Normen noch nicht festgestellt sind.“

„So lange man allerdings meint, ein Anschluß an Preußen sei unthunlich, weil dort eine dreijährige Dienstzeit existirt, ist freilich ein näheres Eingehen auf die Frage nicht nöthig; denn so lange man so oder ähnlich räsonnirt, wird der Anschluß an Preußen offenbar nur aufgefaßt als Gefälligkeit unsrerseits, auf die wir nur einzugehen nöthig hätten, wenn man auch uns große Zugeständnisse machte, namentlich das eine Zugeständniß, daß der Staat Preußen nach unserem Geschmack regiert werde. Die Sache liegt aber so, daß der Anschluß an Preußen, selbst wenn er uns Opfer auferlegt, im Interesse deutscher Entwicklung nothwendig ist.“

Und ebenso im Interesse Schleswigs-Holsteins, sagt ein anderer Artikel des Blattes. „Vergessen wir nicht, daß es sich vorzugsweise darum handelt, Preußen zu gewinnen. Es mag richtig sein, daß Preußen gegen den entschiedenen Wider-

Spruch Oestreichs nichts würde durchsetzen können, aber ebenso gewiß hätten wir dann ein endloses Provisorium zu erwarten, das unter allen Aussichten unbestimmt die schlimmste wäre. So lange die gegenwärtige Stimmung, welche man leider beinahe preußenfeindlich nennen muß, in den Massen herrscht, haben wir nicht die geringste Aussicht, daß unsere Landesache auf dem Wege des Landesrechts zum Austrag gebracht wird. Diese Stimmung ist zunächst durch die Maßregeln der preußischen Politik wie durch den Ton einiger preußischen Preßorgane hervorgerufen. Aber das ist nicht der einzige Grund. Es hat auch ein Theil unsrer Presse, es haben verschiedene (von Kiel ausgehende) Agitationen besonders in neuester Zeit dazu beigetragen, diese Stimmung noch bedeutend zu steigern, die Abneigung gegen Preußen noch zu vergrößern. Man hat nicht bedacht, in welchem Widerspruch man sich bewegt, wenn man erklärt, der Landesversammlung die Entscheidung für den Anschluß anheimstellen zu wollen, und dabei das Volk so bearbeitet, daß die von ihm gewählten Vertreter gegen denselben stimmen, gerade als ob Volk und Landesversammlung nichts miteinander gemein hätten, während diese doch ohne Zweifel so entscheiden wird wie jenes jetzt urtheilt.

Spätere Nummern enthielten ähnliche und zum Theil noch entschiedener gegen die Verfehrtheiten der Particularisten auftretende Artikel, und wie wir hören, fährt das tapfere Blatt trotz aller Schwierigkeiten, die es zu bekämpfen hat, noch jetzt damit fort. Daß es dafür von den Gegnern tüchtig mit Schmutz beworfen, als von Preußen bestochen verschrien und in anderer niedriger Weise verunglimpft wird, kann dem, welcher gewisse Chorführer der demokratischen Fraction der schleswig-holsteinischen Particularisten kennt, nicht Wunder nehmen. Es ist dieselbe Sorte von Politikern wie die, welche eine Zeit lang den Herzog Friedrich mit berliner Bierchenkenspäßen verhöhnte, nur zufällig in ein anderes Local gerathen.

Der „Altonaer Mercur“, der circa 4.000 Abonnenten haben soll und besonders von Geistlichen und Schullehrern gehalten wird, hat nur in Betreff kirchlicher Dinge eine bestimmte Meinung, und zwar trägt er in dieser Beziehung den schwarzen Rock und das weiße Halstuch der Rechtgläubigkeit. In politischen Fragen ist er jetzt völlig farblos, heute für die rothe Annexion, morgen für den himmelblauen, übermorgen für den hochrothen Particularismus, wie die Zusendungen gerade einlaufen, bisweilen in einer und derselben Nummer ein Schillern in allen Farbennüancen, am häufigsten ein Ausdruck der Ansichten und Wünsche der Partei Scheel-Plessens, die von hier aus ihre Bomben gegen das augustenburgische Lager zu werfen pflegt.

Die eigentlichen Parteiblätter zerfallen in solche, die dem entschiedenen Particularismus als Organ dienen, in solche, die für einen gewissen Anschluß an Preußen, jedoch zugleich für das Selbstbestimmungsrecht des schleswig-

holsteinischen Volkes und Anerkennung des Herzogs vor allen Zugeständnissen an Preußen kämpfen, und die wir deshalb als Wortführer des verschämten Particularismus aufzufassen haben, endlich in solche, deren Redacteurs und Mitarbeiter den engen Anschluß an Preußen vor allem und in der Weise betonen, daß sie das Selbstbestimmungsrecht der Herzogthümer abweisen, das Erbrecht des Herzogs erst in zweite Linie stellen und, wenn sie nur die Wahl zwischen der absoluten Selbständigkeit Schleswig-Holsteins und der Einverleibung in Preußen hätten, sich ohne Bedenken für die letztere entscheiden würden.

Der entschiedene Particularismus wird von der in Altona erscheinenden „Schleswig-Holsteinischen Zeitung“ vertreten. Redacteur ist ein Herr May, Preuze mosaischer Confession, seit einigen Jahren in Holstein angesiedelt, Hauptmitarbeiter der Advocat Jessen in Altona, welchem sich in der letzten Zeit ein besonders eifriger Correspondent in Hannover, von dem wir für jetzt nur bemerken wollen, daß er die Seele des nunmehr entschlafenen „Wochenblattes des deutschen Reformvereins“ war, ein ebenfalls recht schreibseliger Herr v. Neergaard-Develgönne und ein gewisser ziemlich hochstehender und eigentlich nicht ganz in diese Gesellschaft gehörender Kieler Journalist zur Bekämpfung Preußens und seiner Freunde angeschlossen haben. Abonnenten soll das Blatt 3,000, nach Anderen 4,000 haben; Wohlunterrichtete wollen wissen, daß die erstere Zahl die richtigere sei.

Den Charakter der „Schleswig-Holsteinischen Zeitung“ lassen wir uns zu nächst von jenem hannöverschen Mitarbeiter bezeichnen. Derselbe gab ihr Ende October vorigen Jahres im Wochenblatt des Reformvereins folgendes Lob: „Die Schleswig-Holsteinische Zeitung darf unzweifelhaft mehr wie irgend eine andere Zeitung des Landes den Ruhm in Anspruch nehmen, daß sie stets das deutsche Princip höher gehalten hat als das preussische. Sie ist es auch gewesen, die fast allein sich nicht gescheut hat, ganze Leitartikel aus großdeutschen Blättern, ja aus den als ultramontan verschrieenen „Kölnischen Blätter“ ohne Handglossen zum Abdruck zu bringen. Sie hat am tapfersten gegen die Flensburgerin gekämpft und sehr viel gethan, damit die Arbeit der gutgesinnten unter den deutschen Mittelstaaten, sowie die des deutschen Volkes und der deutschen Wissenschaft nicht vergessen werde.“

Dieses Lob ist wohlverdient. Das Blatt, von particularistischen Demokraten gegründet, später auch von Legitimisten mit Beiträgen unterstützt, hat in der That niemals für Preußen, oft dagegen für Oestreich und zu allen Zeiten für das Recht, die Großthaten und die Bedeutung des deutschen Bundes geschwärmt. Preußen herabzusetzen, das jetzt dort herrschende Regiment noch schwärzer zu malen, als es ist, war stets seine Lieblingsbeschäftigung und wurde beinahe mit derselben Virtuosität betrieben, mit welcher die „Neue Frankfurter Zeitung“

sich einen Namen gemacht hat. Die glogauer Affaire wurde monatelang zu diesem Zweck ausgebeutet, aus jedem kleinen Scandal in Preußen ein neuer schrecklicher Popanz für die gläubigen Leser des Blattes angefertigt. Wieder und immer wieder, obwohl zehnmal von den berliner Officiösen für Fabel erklärt, tauchte, gewöhnlich von Wien hergeschwommen, die abgeschmackte Seeschlange von der preußischen Verschwörung mit dem Kaiser Napoleon auf, nach welcher Herr v. Bismarck sich die Erlaubniß Frankreichs zur Annexion Schleswig-Holsteins durch das Versprechen gesichert haben sollte, Nordschleswig wieder an die Dänen abzutreten. Es ist wahr, bisweilen hatte die Zeitung des Herrn Jessen Anwandlungen, in denen sie Zugeständnisse an Preußen für erlaubt, richtiger für geboten hielt. Sie hatte einmal die Güte, den Eintritt der Herzogthümer in den Zollverein für selbstverständlich zu erklären, und sie ließ sich herbei, einen gewissen maritimen Anschluß an Preußen zu befürworten. Auch andere Concessionen schienen (kurz vor der letzten Delegirtenversammlung in Rendsburg und in der Zeit, wo die milderen Particularisten in Kiel sich mit den schrofferen über ein Programm zu einigen suchten) dem erwähnten kieler Journalisten nicht gerade in das Capitel des Hochverraths zu gehören. Aber immer wieder lehrte der Instinct des Blattes auf die Straße zurück, die der hannoversche Correspondent desselben als die allein richtige bezeichnen wird, und die — wenn unser Herrgott die Bäume in den Himmel wachsen ließe — zu einem absolut selbständigen Schleswig-Holstein führen würde, welches natürlich nach den demokratischen Grundsätzen des Herrn Redacteurs eingerichtet und verwaltet und vermuthlich von einem nach kolbischem Recept gebackenen Milizheere vertheidigt werden würde. Die eigentliche Meinung der Zeitung war im Grunde und trotz eines gelegentlich von Kiel her aus Gründen der Zweckmäßigkeit angeregten freundlicheren Blicks nach Berlin hin identisch mit dem Programm der großdeutschen Demokratie, und ihr Glaubensbekenntniß ist jetzt noch das vor einigen Wochen von der politischen Weisheit des Herrn v. Neergaard-Develgönne formulirte. Die belle alliance der Herren May und Neergaard mit dem Sechsenddreißiger-Ausschuß und etlichen Mitgliedern der preußischen Fortschrittspartei kann hieran nur scheinbar ein wenig geändert haben — expellas fürca u. s. w. Jenes Glaubensbekenntniß aber lautete ungefähr (wir haben die betreffende Nummer des Blattes nicht bei der Hand, entsinnen uns aber des Inhalts ziemlich genau) folgendermaßen:

Preußen hat nur seine Schuldigkeit gethan, als es im vorigen Jahre Schleswig-Holstein befreite. Es hat nicht das Land, sondern nur seine verlorne Ehre wieder erobert. Es hat nicht das Geringste von uns zu fordern. Reden einige von Anschluß an diesen Staat, um aus dem Provisorium herauszukommen, so kann man dem nur mit einer sehr bestimmten Einschränkung beipflichten. Jede Concession an Preußen, jede Einräumung von Einfluß auf

unsre Gesetzgebung oder Verwaltung und wäre sie noch so unbedeutend, ist, wenn sie Preußen als europäische Großmacht, nicht als deutsche Bundesmacht erlangt, der Anfang zur Einverleibung. Nur solche Verpflichtungen halten wir für bindend, welche der Herzog und die Landesversammlung gutgeheißen haben. Und nur solche Beschränkungen unsrer Unabhängigkeit dulden wir als zu Recht bestehend, welche uns vom deutschen Bunde als im Interesse desselben dictirt werden.

Der Ton des Blattes ist bisweilen anständig, häufig das Gegentheil. Wer eine andere Meinung hat als die Herren May und Genossen muß — es geht, wie es scheint, nach dem Vorstellungsvermögen der Redaction durchaus nicht anders — dafür entweder schon baare Bezahlung empfangen oder ein Honorar in klingendem, ein Amt oder anderes der Art zu erwarten haben. In höchst unsaubrer Weise wühlte man in der glogauer Geschichte. Und wenn die obige Lobrede die Bekämpfung der Flensburgerin durch die Altonaerin eine „tapfere“ nennen zu dürfen glaubte, so könnte sie damit nur recht haben, wenn sie die Tapferkeit gemeint hätte, welche die Gemeinheit der Gasse dem Gentleman gegenüber an den Tag legt, dem seine Natur verbietet, sich mit ihr herumzuschlagen.

Etwas weniger particularistisch ist das oben erwähnte dänische Blatt, die in Hadersleben erscheinende von Dr. Janßen redigirte „Nordslesvigske Tidende“, welche an die Stelle der berüchtigten „Dannevirke“ zu treten bestimmt war, aber, wenig Eignes bringend, fast nur von übersetzten Leitartikeln deutscher Journale lebend und überhaupt mit wenig Geschick redigirt, schwerlich viel Einfluß auf das Volk Nordschleswigs hat und im Süden so gut wie gar nicht gelesen wird.

Als Mundstück des verschämten Particularismus oder desjenigen Particonglomerats, welches, aus den milderen und verständigeren Particularisten und den weniger entschiedenen, weil weniger klaren Nationalgesinnten zusammengefloßen, den Preußen theils mehr, theils weniger Zugeständnisse machen will, vorausgesetzt, daß sie das Recht des Herzogs anerkennen, sich auf Unterhandlungen mit den Räten desselben einlassen und der Landesvertretung die Befugniß einräumen, diese Zugeständnisse zu debattiren, zu amendiren und zu limitiren, ist die „Kieler Zeitung“ thätig. Man hat sie für das Organ der Umgebung des Herzogs angesehen. Doch ist dies nicht begründet, wenn auch gelegentlich zu diesem Kreise Gehörige sich in ihr vernehmen lassen. Besitzer und Genius des Blattes ist vielmehr der Bankier Ahlemann, Doctor der Philosophie und früher Privatdocent an der Kieler Universität, Redacteur ein Herr Hirsching, vormals in gleicher Eigenschaft beim „Altonaer Mercur“ beschäftigt. Die Mitarbeiter gehören zum Theil den Kreisen der Universität an, und so giebt es zuweilen nicht bloß gutgemeinte, sondern auch wohlgeschriebene Ar-

tikel. Indes sind die unklaren und in der Form mittelmäßigen häufiger, und das ganze Blatt leidet schwer von der Natur seiner Partei und dem daraus hervorgehenden Bestreben, Nichtzuvereinigendes zusammenzulöthen, auf zwei Achseln zu tragen und fünf gerade sein zu lassen. Wie die Partei sich keiner Erfolge rühmen kann, so auch die Zeitung: letztere hat, wenn wir recht unterrichtet sind, noch keine tausend Abonnenten, obwohl sie in wenigen Wochen ihren ersten Geburtstag feiern wird und der Besitzer zwar mit seinen journalistischen Versuchen nicht glücklich, aber ein außerordentlich rühriger und pläne-reicher Mann ist. Möglich wäre, daß man die Bezeichnung des Blattes als eines Organs des verschämten Partikularismus übelnähme und auf die auch hier anerkannte vermittelnde Tendenz desselben und die von ihm wiederholt kundgegebne Bereitwilligkeit, Preußen beachtenswerthe Concessionen zu machen hinwiese. Dagegen fragen wir: wie kommt es, daß diese „Anschlußmänner“ ihre Polemik immer nur oder doch vorwiegend gegen die Partei des engen Anschlusses, nie oder doch sehr selten gegen die Partei richten, die gar keinen Anschluß will? Und ist es etwa nicht Particularismus, wenn man den Willen eines kleinen Theils der deutschen Nation für berechtigt erklärt, sich nach Belieben für oder gegen das zu entscheiden, was, wie die Herren selbst zugestehen, das nationale Interesse fordert? Oder wäre man auf der Redaction der „Kieler Zeitung“ und unter denen, die sie gelegentlich mit Leitartikeln subventioniren, in der Ueberwindung particularistischer Velleitäten wirklich etwa schon so weit, daß man die preußischen Forderungen in sein Programm aufgenommen hätte? Vor drei Wochen (am 9. März) waren sie noch nicht so weit gediehen. Da hieß es in einem 4 Spalten langen Artikel gegen die „Norddeutsche Zeitung“, der stark officiös ausfiel, zum Schlusse:

„In diesem Sinne (nämlich, daß das Recht sich der nationalen Entwicklung dienstbar machen soll) halten wir fest an unserem Programm: eine so enge Verbindung mit Preußen, als es gleichmäßig die nationale Bedeutung des preußischen Staates und unser eignes Interesse fordert; aber diese Verbindung nur in den Formen des Rechts, d. h. durch den Vertrag des Herzogs und die gesetzliche Mitwirkung der Landesvertretung.“

Sehr großmüthig sagte der Verfasser: „Wir begreifen, daß das Mißtrauen (der Nordd. Zeit. und ihrer Partei) in einer unklaren Situation entsteht, in der nur die eine Seite reden kann, die andere schweigen muß. Wir tragen dem volle Rechnung.“ Als ob man nicht an gewisser Stelle hinreichend hätte merken lassen, was man möchte und was nicht, und wenn man wirklich mehr zu sagen hat, weshalb muß man denn schweigen?

Recht gut ferner bemerkte der Artikel weiter: Wenn der Herzog Forderungen Preußens zurückwies, „um den vollen Inhalt einer prätextirten Souveränität nach den Regeln althergebrachter Theorien zu wahren, so würden

wir ihm, der uns ein anderes Vertrauen einflößte, die volle Verantwortlichkeit für die Wirren dieses Landes und für sein eigenes Schicksal zuschieben.“ Brav und schön dieser Vorsatz; daß aber Deutschland damit gedient sein wird, wenn die Herren ihn ausführen, bezweifeln wir; denn der Herzog ist offenbar nicht wieder zu beseitigen, wenn er einmal erst souverän ist.

Für die Stellung des Blattes zu den jetzt bekannt gewordenen preussischen Bedingungen endlich war folgender Passus des Artikels charakteristisch: „Wir fürchten, daß die preussische Politik durch das Ziel weit überschneidende Forderungen, mag Oestreich zustimmen oder sich weigern, Zustände zu schaffen sucht, die durch ihre Unerträglichkeit das Land für weiter gehende Pläne mürbe machen sollen.“ Das soll heißen: sagt Oestreich ja, so werden wir Preußen zweiter Classe, und so wird der jetzige Particularismus sich über kurz oder lang fragen: wozu dann noch Civilliste? sagt es nein, so dauert das Provisorium fort, und das ist ebenfalls die langsame Annexion. Dieses Raisonement mag ziemlich richtig sein, aber wie zu helfen, was darauf hin zu thun, sagt der Verfasser nicht. Er „fürchtet“ bloß, und das ist eben der Fehler dieser ganzen Partei, daß sie niemals aus dem Fürchten, aus dem Schwanken, aus dem Umblicken nach einer Hinterthür heraus und zu einem großen, kühnen und nobeln Entschlusse kommt.

Hauptorgan der entschieden nationalen Partei, die vollen dauernden Anschluß der Herzogthümer an Preußen und zwar vor Einsetzung des Herzogs und Zusammentritt der Volksvertretung will, die namentlich Abtretung der Kriegshoheit zu Wasser und zu Lande verlangte und die jetzt im Begriff ist, die preussischen Forderungen rein und unverfälscht zu ihrem Programm zu machen, ist die in Flensburg seit Anfang März v. J. erscheinende und in etwa 2000 Exemplaren vorzüglich in Mittelschleswig verbreitete „Norddeutsche Zeitung,“ die wir hiermit unseren Gefinnungsgeoffen als sehr wacker geleitet warm empfehlen\*). Ihr Chefredacteur, der Advocat Römer, früher in Elmshorn, ist einer der wenigen Freunde des verewigten Theodor Lehmann, die dieser echte Patriot jetzt noch als Freunde ehren würde, und auch der Mitredacteur Bleiken, ein Frieser von Sylt, der früher einige Monate lang in der Umgebung des Herzogs thätig war, jetzt sich aber schon geraume Zeit von da zurückgezogen hat, verdient, obwohl noch nicht viele Jahre über die Universität hinaus, das Lob einer tüchtigen mannhaften Gefinnung und einer klaren vorurtheilsfreien Auffassung der Dinge.

---

\*) Dieselbe erscheint jeden Wochentag und giebt in ihren Leitartikeln und Correspondenzen ein recht anschauliches Bild von dem Charakter der nationalen Partei in den Herzogthümern, von den Kämpfen, welche dieselbe zu bestehen, von den Hindernissen, die sie zu überwinden, und von den Hoffnungen, die sie sich zu machen hat.

Ein paar Beispiele mögen zeigen, was die „Norddeutsche Zeitung“ glaubt und wie sie spricht. Sie verlangt nicht nur volle Vereinigung der maritimen und mien Militärkräfte des Landes mit den preußischen, sondern auch unbeschränkte Verfügung über jene Machtmittel zu jeder Zeit. „Die nicht souveräne Qualität der Herzogthümer im Verhältniß zu Preußen,“ sagte sie, „ist die Grundlage oder Voraussetzung aller übrigen Bestimmungen des Anschlusses. Auch in Frankfurt würde künftig der Name der Herzogthümer in den Majoritätsabstimmungen nicht figuriren. Das Ausscheiden des Bundeslandes Holstein aus der Reihe souveräner deutscher Staaten — und wir hoffen, daß nun auch Schleswig deutsches Bundesgebiet werden wird — wäre also immerhin schon eine thatsächliche, wenn auch nur theilweise Reform des Bundes. Die Existenz des letzteren würde sich in den Herzogthümern nur mit Rücksicht auf das Contingent und die Matricularumlage geltend machen. Schleswig-Holstein würde nur einen diplomatischen Vertreter haben, nämlich in Berlin. Es wäre dies ein Geschäftsträger, dessen Wirksamkeit natürlich durch die Qualität des Staates vorgezeichnet wäre, den er repräsentirte.“

Das Erbrecht des Herzogs erkennt das Blatt an, ordnet es aber dem Recht der deutschen Nation auf möglichste Herstellung ihrer Einheit unter und stellt in Folge dessen den Wunsch, dasselbe möge anerkannt werden, der Forderung auf engsten Anschluß an Preußen, das „werdende Deutschland“, voran. Dem Bunde will es keinerlei Einmischung in die Herzogthümerfrage mehr gestattet wissen. Gegen das Selbstbestimmungsrecht der Schleswig-Holsteiner endlich sagte es in einem wohlgeschriebenen Leitartikel, den wir dem Chefredacteur zuschreiben möchten, ungefähr Folgendes:

„Die Geschichte achtet kein Recht der Selbstbestimmung ohne die entsprechende Selbstthätigkeit zur Verwirklichung desselben. Jedes Volk muß sich selbst seiner Haut wehren nach außen wie nach innen. Kann es dies nicht, so geht es zu Grunde. Es ist aber Thatsache — und nur Thatsachen, nicht Wünsche und Belleitäten gelten in dem geschichtlichen Verlauf der Dinge — daß nicht wir selbst unsre Unabhängigkeit gegen Dänemark durchzusetzen vermochten. Unsere Befreiung ist ein Werk der deutschen Nation, wenn man will, vor allem aber, wenigstens im entscheidenden Augenblicke, eine That des im preußischen Staat organisirten Theiles derselben. Die Gegenwart, wie sie ist, haben wir uns nicht selber geschaffen; wir haben deshalb auch kein Recht, einseitig über die Zukunft zu verfügen.“ Die deutsche Nation, heißt es weiter, könne die weitgreifenden Interessen, um die es sich hier handle, unmöglich allein oder auch nur vorzugsweise dem politischen Verstande des Volkes der Herzogthümer, d. h. der Mehrheit der jetzt lebenden Schleswig-Holsteiner zur Entscheidung anheim geben. „Die deutsche Nation (der Verfasser meint selbstverständlich auch hier nur die Mehrzahl der Denkenden) will eine Flotte, will

einen Anfang gemacht wissen mit der Zusammenfassung ihrer Wehrkraft und mit einer einheitlichen staatlichen Organisation. Sie will dies kraft ihres Selbstbestimmungsrechts, wenn man dies Wort zu brauchen liebt, und weit mehr noch, sie hat sich im Lauf der Zeiten im preußischen Staat einen Organismus geschaffen, der die Macht hat, diesen Willen und dieses Recht wenigstens bis zu einem gewissen Grade zu verwirklichen. Sich diesem mit Macht bekleideten Rechte der Nation unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht des schleswig-holsteinischen Volkes, d. h. höchstens eines dreißigsten Theiles dieser Nation, entgegenstemmen zu wollen, wäre ein Versuch, der, falls er überhaupt angestellt würde, nothwendig scheitern müßte."

Wir halten dieses Raisonement für durchaus richtig. Wirft man ein, die Schleswig-Holsteiner hätten ja 1848 bis 1850 tapfer und opfermuthig für ihre Selbständigkeit gestritten, so sind wir die letzten, die das bestreiten, aber die damalige Erhebung hätte sich ohne die Preußen kein halbes Jahr gehalten, und als später ein gutes Heer geschaffen war, und zwar wieder mit Hilfe der Preußen, hätte dasselbe vielleicht Holstein, nimmermehr aber auch ganz Schleswig den Dänen abgenommen. Einnoch geringeres Resultat aber würde jetzt erreicht worden sein, wenn Preußen nach Einmarsch der Bundestruppen in Holstein den Schleswig-Holsteinern überlassen hätte, den besser als damals gerüsteten Landesfeind aus Schleswig zu verjagen. Die Jugend des Landes hätte sich in kühnen Stürmen verblutet, aber noch heute läge man vordem Dannewerk, der Düppelstellung nicht zu gedenken.

Wir schließen unsern Bericht mit einem Auszug aus dem von Advocat Johannsen in Schleswig redigirten und die äußerste Linke der Anschlußpartei, soweit sie sich öffentlich aussprechen kann, vertretenden „Schleswiger Nachrichten“, die wöchentlich dreimal erscheinen und zwischen 5 und 600 Abonnenten haben sollen. Die betreffende Stelle charakterisirt die aus den rein nationalen Elementen sich jetzt organisirende Anschlußpartei, die wir bis zu einem gewissen Grade mit ihren Gegnern (welche auch die unseren sind) die preußische nennen dürfen, folgendermaßen: Sie versteht darunter nur diejenigen, welche „den Anschluß an Preußen als Selbstzweck verfolgen, nicht nur wider Willen als Concession einräumen, und die unter Anschluß eine wirkliche militärische Einheit Schleswig-Holsteins mit Preußen begreifen. Die Berechtigung dieses Strebens bedarf jetzt keines Nachweises mehr, die Partei hat aber wohl bisher zu viel Kraft damit vergeudet, die Idee eines selbständigen Schleswig-Holstein und die straffere staatliche Gestaltung Deutschlands möglichst schonend mit einander zu verbinden. Solches Ausgleichungsbestreben erzeugt nothwendig eine gewisse Schwäche. Erst da, wo jener Anschluß an Preußen, die militärische Einheit, unbedingt als Ziel und Programm aufgestellt wird, kann diese Partei wirklich wieder politisches Leben gewinnen. Wir glauben, daß die letzten parti-

cularistischen Massenäußerungen dieser Parteibildung sehr günstig gewesen sind. Man mißverstehe uns hierbei nicht. Jene Partei verfolgt nicht die Annexion, sondern die Verbindung in jenem einzelnen Stück als absolut geboten im nationalen Interesse, überläßt aber die Art der Auseinandersetzung mit anderen Ideen und Wünschen den Verhältnissen, ohne damit noch ferner überflüssige Kraft zu verschwenden.“

Die „Angler Zeitung“, die bisweilen von den feudalen Blättern Berlins citirt wurde, als ob sie eine Partei hinter sich hätte, ist ohne allen Einfluß. Dem Bernehmen nach mit Mitteln aus Oldenburg gegründet, in Cappeln von einem dunkeln Ehrenmann redigirt und wöchentlich zweimal erscheinend, bekämpft sie den Herzog Friedrich zu Gunsten des Großherzogs Peter mit Waffen, die sich durch ihre unehonorige Art der Kritik entziehen, und deren man sich in Oldenburg, wohin, wie man sagt, die ganze zwei Duzend Exemplare starke Auflage geht, schämen sollte und zweifelsohne wirklich schämt.

## Römische Geschichte von Theodor Mommsen.

Von dem großen Werke ist jetzt der erste Band in vierter Auflage erschienen, gegen die erste Auflage um die Hälfte erweitert. Die freudige Aufnahme, die das Werk vor zehn Jahren gefunden, ist auch den späteren Auflagen entgegengekommen. Der Verfasser hat an demselben während einer erstaunenswerthen Thätigkeit auf andern Gebieten der Alterthumswissenschaft in der Stille fortgearbeitet, viele specielle Untersuchungen desselben — über Inschriften, Münzen, Zeitrechnung, über römische Geschlechter, über Recht der Familien und der Gemeinden, über römische Staatsverfassung sind vielleicht durch seine Geschichte veranlaßt und den späteren Bearbeitungen zu gute gekommen. Die Persönlichkeit des Verfassers ist in diesem Jahrzehnt auch dem größeren Publikum werth geworden, er ist uns einer der großen Gelehrten unserer Nation, auf deren Besitz wir mit Recht stolz sind. Seine ungewöhnlich organisirte Kraft ist in ganz besonderer Weise geeignet, die Augen der Zeitgenossen auf ihn zu richten. Er gehört zu den bevorzugten Naturen, deren Scharfsblick und Divinationsgabe fast wunderbar, deren Kenntnisse erstaunlich, deren Arbeitskraft fast schrankenlos erscheint.